

10. Konsens und Konflikt im Kalten Krieg: Der CIO vom Korea-Krieg bis zur Fusion von AFL und CIO, 1950-1955

Der CIO und der Korea-Krieg

Die Grundannahmen der US-amerikanischen Außenpolitik standen - anders als vor dem Eintritt in den Zweiten Weltkrieg - beim Ausbruch des Korea-Krieges nicht zur Debatte. Der CIO stand hinter der Containment-Politik Trumans. Die CIO-Führung verwandte eine nicht unerhebliche Mühe darauf, ihre Basis von der Richtigkeit der Außenpolitik der Demokratischen Administrationen zu überzeugen. Angesichts der Tatsache, daß diese Außenpolitik nicht unumstritten war (in der amerikanischen Öffentlichkeit wurde heftig diskutiert über Yalta, den "Verlust" von China, den Korea-Krieg und allgemein die richtige Politik gegenüber dem internationalen Kommunismus), war dies eine willkommene Unterstützung der Truman-Administration. Die Gewerkschaften hofften, genau wie im Zweiten Weltkrieg die Unterstützung der Kriegsanstrengungen mit der Durchsetzung von Arbeitnehmerrechten koppeln zu können. Dementsprechend stellte sich das CIO Executive Board im August 1950 mit starken Worten hinter die Korea-Politik Trumans:

"The Congress of Industrial Organizations reaffirms its full and unconditional support to the efforts of the United Nations and our government to halt the vicious acts of communist aggression in Korea. [...] The CIO, like organized labor throughout the world, has learned from bitter experience that acts of unchecked aggression lead directly to world war. There can be no appeasement of aggression if our democratic world is to survive."³²⁴

Diese Haltung, nämlich die Unterstützung a) einer multilateralen, aktiven Außenpolitik, gekoppelt b) mit einem antikommunistischen Impetus und c) unter Bezug auf die Lehren, die man aus der *appeasement*-Politik gezogen hatte, blieb bis zum Ende der 60er Jahre der außenpolitische Konsens des CIO. Die antikommunistische Grundhaltung war jedoch nicht bedingungslos: Die

³²⁴ *Minutes of the CIO Executive Board 1950*, Aug. 29, p.86

finanzielle Unterstützung autoritärer Diktaturen wie Franco und Peron wurde ausdrücklich abgelehnt. Gleichzeitig forderte das *Executive Council* eine aktive ökonomische Entwicklung der vom Kommunismus bedrohten Länder, denn:

“Mere denunciation of communist propaganda is not enough; our government and the united Nations must offer to the people of every continent the tangible hope of bread, peace, and freedom.”³²⁵

Dies sollte unter aktiver Einbeziehung des CIO vonstatten gehen:

“The CIO calls for immediate steps to provide adequate representation for labor in the Department of State, and for closer consultation between the men who shape American foreign policy and the leaders of organized labor in the United States.”³²⁶

Gewerkschafter spielten tatsächlich eine aktive Rolle in der Umsetzung des Marshall-Plans und im diplomatischen Korps. Die *labor attachés* im *State Department* wurden gegen Ende des Zweiten Weltkrieges in allen Teilen der Welt eingesetzt, mit dem Auftrag, die soziale Dynamik in den jeweiligen Ländern vor Ort zu beobachten und beim Aufbau demokratischer gewerkschaftlicher Institutionen zu helfen. Sie spielten eine nicht zu unterschätzende Rolle bei der Umsetzung des Marshall-Plans. Der Aufbau des *labor attaché corps* ging auch unter der Eisenhower-Administration weiter. Gab es 1947 acht bis 10 von ihnen, so waren 1953 bereits 33 im Einsatz. *Labor attachés* wurden in fast allen Ländern Europas und später auch in Entwicklungsländern eingesetzt.³²⁷

Truman hatte zu Beginn nicht damit gerechnet, daß der Korea-Krieg sich in die Länge ziehen würde, deshalb gab es zunächst keine zentrale Koordination der ökonomischen Aspekte der Mobilisierung. Das änderte sich bald, nachdem

³²⁵ *ibid.*, p.87

³²⁶ *ibid.*, p.93

³²⁷ Zur Entwicklung und Bewertung des *labor attaché programs* siehe: Kienzle, Don and Thomas Bowie (eds.): *Historical Lessons of Labor Diplomacy. A Seminar Report in Washington, D.C., April 27, 1995*. Friedrich-Ebert-Stiftung, Washington, 1995, passim. Die Entwicklung des *labor attaché programs* kann hier nicht in allen Einzelheiten nachgezeichnet werden. Quellen dazu u. a. in: Morris Weisz: “The Labor Diplomacy Oral History Project” in: *Labor History*, Fall 1995, Vol.36, No.4, pp.588-598

die Truppen der Vereinten Nationen sich vor den chinesischen Streitkräften hinter den Yalu zurückziehen mußten. Im Dezember 1950 gründete Truman das *Office of Defense Mobilization*, bei dem alle Fäden der wirtschaftlichen Kriegsanstrengungen zusammenlaufen sollten. Mit der Leitung wurde der *General Electric* Manager Charles E. Wilson beauftragt.³²⁸

Diese Personalentscheidung verärgerte die Gewerkschaften, denn Wilson hatte sich während seiner Zeit bei *General Electric* als besonders intransigenter Verhandlungspartner erwiesen. Seinem Ruf als Gewerkschaftsgegner wurde er auch in seiner neuen Position gerecht: eine nennenswerte Vertretung der Arbeitnehmer werde es in seiner Agentur nicht geben, ließ Wilson wissen.

Gleichzeitig stieg jedoch die Inflation kräftig an, so daß der Druck der Gewerkschaftsbasis auf die CIO-Führung zunahm: Die Arbeiter forderten höhere Löhne und die Zahl der Streiks erhöhte sich drastisch. Die Anzahl der durch Streiks verlorenen Arbeitsstunden pro Arbeitnehmer war während des Korea-Krieges so hoch wie nie zuvor (und auch danach) in der amerikanischen Geschichte. Der CIO-Führung war klar, daß diese wachsende Streikbereitschaft in Kriegszeiten zu einem großen politischen Problem für die Gewerkschaften werden konnte. Gerade deshalb drängten sie darauf, in den mit der Mobilisierung und Koordination betrauten *agencies* vertreten zu sein. Die Regierung müsse darüber hinaus auch bei der Schlichtung von Arbeitskonflikten tätig werden, so die Forderung der CIO-Führung. Noch vor der Etablierung der neuen Regierungsagentur wiederholte Philip Murray das Credo der CIO: "Labor must be accorded active participation and leadership in every important facet of our mobilization effort." ³²⁹

³²⁸ Zieger, *CIO*, pp. 295-296

³²⁹ Murrays komplette Stellungnahme: *Minutes of the CIO Executive Board 1950*, Nov.16, pp.55-77. Die grundsätzliche Haltung des CIO zum Korea-Konflikt: "Statement on Foreign Policy", *Minutes of the CIO Executive Board 1950*, Aug. 29, pp.85-107. Zum Druck der Gewerkschaftsbasis: Preis, Art: *Labor's Giant Step: Twenty Years of the CIO*. New York, Pathfinder Pr., rev. ed. 1972, pp. 419-421.

Um dies effektiv durchzusetzen, kamen sogar die Konkurrenten von AFL und CIO sowie mehrere nicht affilierte Gewerkschaften zusammen und gründeten noch im Dezember 1950 das *United Labor Policy Committee* (ULPC). Das ULPC sollte sämtliche Beziehungen zwischen den kriegsrelevanten Regierungsinstitutionen und der organisierten Arbeitnehmerschaft koordinieren. Von Koordination konnte zunächst jedoch keine Rede sein, denn im Februar 1951 erließ das *War Stabilization Board* (eine ebenfalls von Truman eingerichtete Agentur, die auf dem Defense Production Act vom 9.9.1950 beruhte und die einzige Kriegsregierungsagentur mit Gewerkschaftsbeteiligung war) gegen die Stimmen der Arbeitnehmervertreter einen Lohnstopp – eine wirksame Preiskontrolle gab es aber immer noch nicht, und auch Wilson weigerte sich nach wie vor, die Gewerkschaften in die Arbeit seiner Agentur einzubeziehen. CIO und AFL nahmen diese Entscheidungen mit großer Empörung zur Kenntnis und zogen ihre Vertreter aus dem WSB zurück. Ihre Kritik richtet sich ausnahmslos gegen die Regierungsorganisationen und Charles E. Wilson. Präsident Truman hingegen wurde verschont und mit seinen Mitarbeitern stand die CIO-Führung in ständigem Kontakt. Genau diese Verhandlungen waren es, die schließlich zu einem Einlenken der Administration führten. Im Februar 1951 revidierte das WSB die Lohnstopp-Entscheidung, im März berief Truman ein Gremium unter Beteiligung der Gewerkschaften ein, das Vorschläge für die Erweiterung der Befugnisse des WSB machen sollte: In Zukunft sollte die Agentur auch für die Schlichtung von Arbeitskonflikten zuständig sein.³³⁰

Dies war ein voller Erfolg der Gewerkschaften, denn das neukonstituierte WSB war nicht nur für die Schlichtung von Tarifkonflikten zuständig, sondern war darüber hinaus direkt dem Präsidenten unterstellt. Damit wurden sowohl die *Economic Stabilization Administration* als auch Wilsons *Office of Defense Mobilization* umgangen. Die Revision des Lohnstopps und die relative

³³⁰ Die Auseinandersetzung um den Lohnstopp ist beschrieben bei: Stieber, Jack: "Labor's Walkout from the Korean War Wage Stabilization Board", in: *Labor History* vol. 21, no.2 (Spring 1980), pp.243-260

Autonomie des neuen WSB gaben den Gewerkschaften Raum zum Manövrieren. Gleichzeitig konnten sie auf dieser Bühne ihre Unterstützung der Außenpolitik Trumans demonstrieren. Die potentiell für die Gewerkschaften politisch so schädliche Streikbereitschaft der CIO-Mitglieder konnte durch den Schlichtungsmechanismus wenigstens zum Teil aufgefangen werden. Für die Administration bot das Entgegenkommen an dieser Stelle den Vorteil, daß man an anderer Stelle die Gewerkschaften eben *nicht* einbeziehen mußte. Bei allen Fragen der Kriegsproduktion und -allokation besetzten die Unternehmer die Schlüsselstellen mit ihren Fachleuten – ganz davon abgesehen, daß der CIO bei weitem nicht über genügend qualifiziertes Fachpersonal verfügte, wären solche Entscheidungsbefugnisse auch sehr ungewöhnlich und weitgehend gewesen. Truman bestand darauf, daß die Rolle der Gewerkschaften in der Vertretung der Arbeitnehmer im *collective bargaining* bestand. Mehr wollte er ihnen nicht zugestehen – aber eben auch nicht weniger. Dies wurde auch von der CIO-Führung stillschweigend anerkannt. Für sie boten die von der Regierung eingesetzten Schlichtungsorgane auch eine Möglichkeit, sich gegen die zahlreichen und entschiedenen Gegner der organisierten Arbeitnehmerschaft im Kongreß abzusichern.³³¹

Wie auch schon zuvor unter der Roosevelt-Administration wurden den Gewerkschaften nicht alle Wünsche erfüllt, aber sie wurden in den gesellschaftlichen *bargaining process* einbezogen und konnten sich durchaus auf die – wenn auch manchmal gebremste - Sympathie der demokratischen Administration verlassen. Der CIO brachte dafür sein volles organisatorisches und finanzielles Potential in die demokratischen Wahlkämpfe ein und konnte in unsicheren Wahlkreisen der ausschlaggebende Faktor zugunsten demokratischer Kandidaten sein.³³² Daß diese Anbindung an die New Deal-Koalition ein nicht

³³¹ Diese Einschätzung teilt auch Zieger, *CIO*, pp. 298-299

³³² Der CIO war weiterhin Teil der demokratischen Wahlkampfmaschine und teilweise sogar deckungsgleich mit ihr. Eine kurze Übersicht über die Wahlkampfaktivitäten des CIO-PAC in den Wahlen 1948 und 1950: "CIO-PAC" in: *Minutes of the CIO Executive Board 1951*, March 15, pp.18-22

zu unterschätzender Faktor in der Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern war, sollte sich wieder einmal im Stahlstreik des Jahres 1952 zeigen.

Der Stahlstreik 1952

Im Herbst 1951 begann eine Konfrontation, die sich schon lange angekündigt hatte. Die Verhandlungsführer der *United Steelworkers of America* (USWA) verlangten von U.S. Steel großzügige Lohnerhöhungen, eine Erweiterung der bis dato nur rudimentären *fringe benefits* und den *union shop*. U.S. Steel verwahrte sich gegen diese Forderungen: Ohne eine Freigabe der Preise durch die Regierung könne es kein tarifpolitisches Entgegenkommen geben. Das Argument der Gewerkschaften, daß die Gewinne weit stärker gestiegen seien als die Inflation, und daß deshalb auch Lohnerhöhungen ohne anschließende Preiserhöhungen möglich seien, ließen die Stahlarbeitgeber nicht gelten. In einer Public Relations Kampagne von U.S. Steel hieß es dementsprechend: “(U.S. Steel) Protected the Public Against a New Wage-Price Spiral”.³³³

Die CIO-Führung suchte – und fand – dagegen erfolgreich den Kontakt zum Weißen Haus. Der CIO-Justitiar Arthur Goldberg traf sich regelmäßig mit Referenten des Präsidenten, die im Übrigen zum größten Teil die ökonomische Analyse der Gewerkschaften teilten und auch von der Legitimität der Forderungen der Stahlarbeiter überzeugt waren. Bis hin zu taktischen Details stimmte die Gewerkschaft ihr Vorgehen mit der Administration ab. Im März 1952 empfahl daher das WSB eine Lohnerhöhung, die etwas mehr als 50 % dessen betrug, was die USWA gefordert hatte, bessere Lohnnebenleistungen und einen Kompromiß in Bezug auf den *union shop*, mit dem die USWA gut hätte leben können. Phil Murray erklärte sich dementsprechend schnell bereit, auf der Basis dieses Vorschlages eine Lösung zu verhandeln.³³⁴

³³³ Die Anzeigenkampagne zitiert bei: Marcus, Maeva: *Truman and the Steel Seizure Case: The Limits of Presidential Power*. New York, Columbia U. Pr., 1977, p.64

³³⁴ *ibid.* pp. 64-67

Doch dazu fanden sich die Arbeitgeber nicht bereit, zumal sie auch Unterstützung aus dem Kongreß und der Bürokratie bekamen, namentlich von Charles E. Wilson und seinem *Office of Defense Management*. Von April bis Juli versuchte die Administration einen Verhandlungskompromiß zu moderieren, scheiterte aber wiederholt an den Tarifpartnern. Hatte Truman noch 1946 Passagen des Taft-Hartley Acts gegen die *United Mineworkers* von John Lewis angewandt, so weigerte er sich jetzt, genauso mit Phil Murray zu verfahren. Murray war, anders als Lewis, ein loyaler Demokrat, ein verlässlicher Parteigänger Trumans und ein Unterstützer dessen heiß in der Öffentlichkeit debattierten Außenpolitik.

Das schlug sich in der Haltung Trumans deutlich nieder. Am 8. April 1952 beschlagnahmte der Präsident die Stahlwerke – ein deutliches Signal an die Arbeitgeber. Unter den Arbeitern stieg die Hoffnung, die Regierung werde während der Beschlagnahme einen neuen Tarifvertrag mit der USWA aushandeln. Dazu kam es jedoch nicht, weil der Supreme Court die Aktion Trumans für nicht verfassungsgemäß erklärte. Kurz darauf, Anfang Juni, begann der Streik. Ein Paket von Lohnsteigerungen, besseren Lohnnebenleistungen und Lockerungen der Preiskontrollen, das Ende Juni vorgelegt wurde, lehnten die Gewerkschaften ab, weil es keine Aussagen über die *union security*, also über die institutionelle Sicherheit der Gewerkschaften in der Stahlbranche enthielt. Dann wiederum lehnten die Arbeitgeber einen Kompromiß ab, was von Truman als “conspiracy against the public interest” verdammt wurde – trotz der deutlich gewerkschaftsfeindlich eingestellten öffentlichen Meinung.³³⁵

Am 24. Juli 1952 konnte Truman endlich eine Einigung verkünden. Sie sah in den genuin tarifpolitischen Bereichen (also Löhne und Lohnnebenleistungen) ziemlich genau das vor, was bereits in mehreren Kompromißvorschlägen auf den Tisch gekommen war. Der entscheidende Unterschied lag in den

³³⁵ Zieger, *CIO*, p. 303

Vereinbarungen zur *union security*. Zwar konnte die USWA nicht die gleichen Bedingungen wie z.B. die Automobil- oder Minenarbeiter erreichen, aber ihre institutionelle Sicherheit verbesserte sich deutlich. Neuangestellte Arbeiter mußten entweder binnen 30 Monaten Mitglieder der Gewerkschaft werden oder schriftlich beim Arbeitgeber erklären, daß sie nicht der Gewerkschaft beitreten wollten.³³⁶

Dieses Ergebnis wurde nicht nur von den journalistischen Beobachtern, sondern auch von der USWA-Führung als weitgehender Sieg gewertet. Noch nie war ein Präsident so weit in der Unterstützung einer gewerkschaftlichen Aktion gegangen. Die Unterstützung der Truman-Administration war umso bemerkenswerter, als sie sich nicht nur auf den konkreten Tarifkonflikt bezog, sondern auch auf den Kontext: Ohne die Neuformation des WSB hätte es kein öffentlich legitimierte Schlichtungsgremium unter der Beteiligung der Gewerkschaften gegeben. Darüber hinaus hatte sich Truman nicht gescheut, gegen eine weitgehend gegenläufige öffentliche Meinung vorzugehen, er hatte also ein nicht unwesentliches politisches Kapital eingesetzt. Der CIO war fester denn je in die New Deal-Koalition und die Demokratische Parteiorganisation eingebunden. Gleichzeitig hatte der CIO sich als Partner der Containment-Politik des Präsidenten bewährt. Selten zuvor hatte der CIO so erfolgreich seine außenpolitischen Prioritäten mit seinen gesellschaftlichen Zielen verbinden können. Das war maßgeblich auf das Entgegenkommen der Truman-Administration zurückzuführen. Eine so enge Bindung an einen Präsidenten brachte zwar auch Gefahren mit sich, weil sie den CIO eben auch an dessen – angebliche oder tatsächliche – Mißerfolge ankoppelte, aber die Bindung an den New Deal und dessen Protagonisten stellte in einem komplexen nationalen wie internationalen Umfeld eine sehr rationale Strategie der Verfolgung gewerkschaftlicher Interessen dar.³³⁷ Dementsprechend unterstützte der CIO

³³⁶ Preis, *Labor*. pp. 449-451

³³⁷ Zieger, *CIO*, p. 304 betont zwar an dieser Stelle die Risiken dieser gewerkschaftlichen Strategie, seine ganze Darstellung läßt aber ebenfalls nur den Schluß zu, daß diese Strategie im Grunde ohne Alternative war.

1952 auch die Kandidatur Adlai Stevensons – doch zum ersten Mal seit 20 Jahren sollte wieder ein Republikaner ins Weiße Haus einziehen: ein hochangesehener ehemaliger General und einer der amerikanischen Helden des Zweiten Weltkrieges, Dwight D. Eisenhower.³³⁸

Eisenhower, der “New Look” und der CIO

Die Eisenhower-Administration trat zwar außenpolitisch mit der Parole des *roll back an*, führte jedoch die *Containment*-Politik Trumans im wesentlichen weiter – wenn auch mit einigen veränderten Schwerpunkten. So war Eisenhower einer sparsameren Fiskalpolitik verpflichtet, was sich auch in der außenpolitischen Strategie niederschlagen sollte. Zunächst hieß dies, daß die militärische Abschreckung stärker als bisher auf die Strategie der massiven Vergeltung (*massive retaliation*) setzen sollte. Teure konventionelle Streitkräfte sollten durch preiswertere Nuklearwaffen ersetzt werden. Die Ratio dieser Strategie wurde von Eisenhower in einem vielzitierten Satz zusammengefaßt: “More bang for the buck.”³³⁹

Der CIO mußte sich nicht nur auf eine gewandelte außenpolitische Strategie einstellen. Die jahrelange Nähe und der leichte Zugang zum Weißen Haus wichen einer deutlichen Distanz zwischen Administration und Gewerkschaften – einer Distanz nicht nur zu den CIO-Gewerkschaften. So ließ Eisenhower zunächst die gewerkschaftliche Repräsentation in der *Mutual Security Agency* (der Nachfolgerin der *Economic Cooperation Administration*) einschlafen. Allerdings wurde bereits ein Jahr später wieder ein beratendes Gremium der Gewerkschaften in diesem Gremium eingerichtet – was unter anderem zeigt, daß auch die Eisenhower-Administration nicht gänzlich von bewährten Mustern der Einbeziehung der Gewerkschaften in ihre Außenpolitik abweichen wollte.

³³⁸ Das *endorsement* für Stevenson in: *Minutes of the CIO Executive Board 1952*, Aug. 14, pp.76-82

³³⁹ LaFeber, Walter: *America, Russia and the Cold War. 1945-1984*. Knopf, New York, 1985, (5th ed.)

Dennoch war die Beziehung des CIO zum Präsidenten und seinem Kabinett keineswegs herzlich. Die erste *State of the Union Message* Eisenhowers wurde vom CIO Executive Committee scharf kritisiert: Zuviele Herzensanliegen der Gewerkschaften, vom sozialen Wohnungsbau bis zur Bürgerrechtsgesetzgebung, fanden in Eisenhowers Rede an die Nation keinerlei Erwähnung.³⁴⁰ Walter Reuther, der Nachfolger von Phil Murray, griff auf der Convention 1953 die Republikaner scharf an. Die “die-hard isolationists of the Republican Party” seien es, die mit Billigung des Präsidenten die Programme zur internationalen Wirtschaftshilfe zusammenstrichen. Die außenpolitische Resolution der Convention deklarierte, daß der Kommunismus mit Waffen allein nicht einzudämmen sei. Eine Politik, die auf “more guns and less butter” setze, könne nicht den Ausbruch kommunistischer Revolten in instabilen Ländern verhindern. Diese Linie zieht sich wie ein roter Faden durch die außenpolitischen Stellungnahmen der CIO: Nur ökonomisch prosperierende Regime produzierten die politische Stabilität, die nötig sei, um dem Kommunismus international zu begegnen.³⁴¹ Diese Haltung hatte der CIO allerdings auch bereits gegenüber Truman vertreten. In einer Resolution des *CIO Executive Board* hieß es 1951:

“In Europe the necessary development of the military preparedness program must not be allowed to interfere with efforts to establish a stable peacetime economy. In some quarters there is a tendency to judge the worldwide Point Four program in terms of armed divisions it will bring to our side. There is as yet no common realization that because Soviet Communist totalitarianism falsely presents itself to

the privileged of the world as a social and economic movement, it must therefore be opposed by organizing the productive resources of the free world to demonstrate economic improvement in a free society.”³⁴²

Der CIO war, bei allen ideologischen und programmatischen Differenzen, keineswegs auf einem totalen politischen Konfrontationskurs mit Eisenhower

³⁴⁰ “Statement on President Eisenhowers State of the Union Message” in: *Minutes of the CIO Executive Board 1952*, Nov. 14, pp.243-246

³⁴¹ Siehe z.B. *Minutes of the CIO Executive Board 1953*, Aug. 20, pp.113-114; *Conv. Proc. 1953*, p.186-187, 485

³⁴² “International Economic Development”, *Minutes of the CIO Executive Board 1954*, Dec.1, pp.149-176, Zitat p.150

und den Republikanern. Als der Präsident Charles Bohlen, seinen Wunschkandidaten als Botschafter in Moskau, gegen die Angriffe aus dem McCarthy-Lager verteidigte, begrüßte der CIO diese Stellungnahme. Die Rüge des Senates gegen McCarthy wurde vom *CIO-Executive Board* in einem Brief an die führenden Senatoren beider Parteien (Lyndon B. Johnson und William Knowland) ausdrücklich gutgeheißen. In dem Schreiben hieß es: "...This is an issue that transcends partisan politics. It is an issue vital not only to the Senate traditions and dignity, but to the well-being of democracy and the stature of America in the eyes of the world."³⁴³ Das war zwar schon lange der Standpunkt der Gewerkschaften. Aber es war nicht unwichtig für den Führer der Republikaner, William Knowland, ausdrücklich die Unterstützung des CIO in dieser sensiblen politischen Frage für sich reklamieren zu können. Auch die Zurückhaltung der Eisenhower-Administration gegenüber China wurde gutgeheißen – während aus den Reihen der Republikaner teilweise sogar ein Präventivschlag gegen China gefordert wurde.³⁴⁴ Auch bei der Debatte über das Bricker-Amendment stand der CIO auf der Seite der Administration.

Alles in allem zeigte sich, daß die Eisenhower-Administration längst nicht so *hawkish* war, wie ihr Wahlkampf suggeriert hatte, und daß der CIO keine größeren Schwierigkeiten hatte, die Fortsetzung des *containment* unter einer republikanischen Administration mitzutragen. Die kulturellen und politischen Differenzen mit der Administration hinderte den CIO nicht daran, bald nach den Wahlen Gespräche mit dem *Department of Labor* über die Einbindung der Gewerkschaften in die internationale Politik der Regierung aufzunehmen, insbesondere über die weitere Ernennung von *labor attachés* in verschiedenen internationalen und US-amerikanischen Institutionen (wie z.B. der International Labor Organization ILO, der UNESCO und der Foreign Administration Assistance).³⁴⁵ Auch in den Verhandlungen mit der Sowjetunion stellte sich der

³⁴³ *Minutes of the CIO Executive Board 1954*, Dec.1, pp.82-83

³⁴⁴ *Conv. Proc. 1954*, p.612-614

³⁴⁵ *Minutes of the CIO Executive Board 1954*, March 22, pp.147-151: So in seinem Bericht der Vorsitzende des CIO International Affairs Committee, Jacob Potofsky.

CIO stets eindeutig hinter Eisenhower.³⁴⁶ Was der CIO nicht wollte, das waren hysterischer Antikommunismus a lá McCarthy und die Dominanz militärischer Mittel über wirtschaftliche Unterstützung im Kampf gegen den Kommunismus.

Zusammenfassung: Der CIO in den fünfziger Jahren

Anfang bis Mitte der 50er Jahre war der CIO im Zentrum der amerikanischen Gesellschaft angekommen. Die Hauptaufgaben des Verbandes lagen nun im politischen Lobbyismus und im Public Relations-Wettstreit mit den Unternehmern. Der Kampf mit den Kommunisten in den eigenen Reihen war entschieden, die zentralen Industrien waren erfolgreich gewerkschaftlich organisiert, und die inter-gewerkschaftliche Rivalität mit der AFL war der Einsicht gewichen, daß eine Fusion der amerikanischen Gewerkschaften in einem gemeinsamen Dachverband das Gebot der Stunde war.

Der außenpolitische Konsens des *containment* wurde auch von einer breiten Mehrheit in den CIO-Gewerkschaften akzeptiert, das zeigte sich in der Unterstützung erst des Marshall-Planes und dann des Korea-Krieges. Dazu hatte maßgeblich das Entgegenkommen der Truman-Administration beigetragen. Hatte man zunächst Truman mit vorsichtiger Skepsis betrachtet, so wich dies spätestens mit der Unterstützung des Stahlstreikes 1952 einer klar zustimmenden Haltung. Gewerkschafter wurden an vielen Stellen eingebunden und spielten auch eine Rolle bei der diplomatischen Vermittlung amerikanischer Außenpolitik.

Der erste republikanische Präsident seit Herbert Hoover stellte die Gewerkschaften vor einige Probleme. Der unmittelbare Zugang zur Administration, an den sich die CIO-Führung gewöhnt hatte, war zunächst versperrt. Die Außenpolitik der Eisenhower-Administration wurde demzufolge anfänglich mit großer Skepsis betrachtet. Besonders der Abbau von

³⁴⁶ Siehe z.B. die Resolution zum Gipfeltreffen 1954, die Eisenhower nach Genf geschickt wurde: *Minutes of the CIO Executive Board 1954*, July 20, pp.75-77

internationaler Wirtschaftshilfe stieß auf Widerspruch beim CIO. Auch die Strategie der *massive retaliation* wurde abgelehnt. Je mehr sich jedoch herausstellte, daß Eisenhower einen gemäßigten außenpolitischen Kurs fuhr, desto leiser wurde die Kritik an der internationalen Politik und auch der militärischen Strategie der Administration.

Die Mitarbeiter des CIO vor Ort in den Fabriken sahen die eigene Identität weiter als Kämpfer für die soziale Gerechtigkeit, lebten aber – wie die meisten derer, die sie vertraten – das Leben der Mittelklasse. Sie waren, wie dies der Soziologe C. Wright Mills beschrieb, „managers of discontent“, darauf bedacht, zwischen der *workplace militancy* der *rank-and-file* und den bürokratischen Institutionen zu vermitteln, die auf die Kanalisierung und Pazifizierung von Konflikten angelegt sind.³⁴⁷

Einige Kritiker, nicht nur auf der linken Seite, monierten zwar eine bürokratische Erstarrung und mangelnden Eifer bei der Rekrutierung neuer Mitglieder, aber die Mehrheit im CIO blickte zufrieden auf das Erreichte zurück. Der CIO sei stark, so Walter Reuther auf der Convention 1954. Die Bodenhaftung in den Kommunen, der Anti-Kommunismus und der Grundsatz „what is good for America is good for the CIO“, sowie die tarifpolitischen Fortschritte hätten auch Skeptiker überzeugt: Der CIO sei „a major force for good in the nation“. Der *Congress of Industrial Organizations*, so James Carey 1955, „came as a mighty answer to despair and desparation“ und könne zurückblicken auf „two almost incredible decades, unmatched and unparalleled in the entire history of the American labor movement.“³⁴⁸

³⁴⁷ Mills, C. Wright: *The New Men of Power: American's Labor Leaders*. New York, Harcourt, Brace 1948, p. 9

³⁴⁸ Reuthers Bericht : *Conv. Proc. 1954*, pp.45-46, Carey, James: „The Historic Meaning of the CIO“, Carey Papers, zit. nach: Zieger, *CIO*, p. 355